

Zehn-Punkte-Plan für die Schule

FAS Bildungspolitik, LV Berlin der Alternative für Deutschland

Gute Schulen!

1 **Keine „Schule für alle“, aber „eine Schule für jeden“**

Bildungsgerechtigkeit bedeutet, jeden Schüler im Rahmen seiner Fähigkeiten optimal zu fördern, was nur in einem ausdifferenzierten Schulsystem möglich ist.

Wir lehnen die einseitige Fixierung von Bildungspolitik auf „höhere“ Schulabschlüsse und Berufsausbildungen ab. Die wachsende Heterogenität der Schülerschaft erfordert stattdessen ein klar gegliedertes und ausdifferenziertes Schulsystem. Das System muß gleichzeitig sehr durchlässig und flexibel sein, um biographischen Entwicklungen Rechnung tragen zu können. Diese Differenzierung ist auch für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf wichtig: Inklusion darf den Betroffenen oder der Gruppe, in die sie inkludiert werden sollen, nicht mehr schaden als nützen und ist nicht umsonst zu haben. Dies gilt v.a. bei Verhaltensauffälligkeiten und psychischen Problemen (sog. „emotional-sozialem Förderbedarf“). Wir wollen daher am bewährten System der Förderschulen festhalten.

2 **Inhaltlicher und finanzieller Fokus auf praktisch Begabte**

Schüler mit praktischen Begabungen brauchen eine neue, speziell auf sie zugeschnittene und gut ausgestattete Schulform, eine „Praxisschule“.

Daß 2013 nur noch 17,2% des Jahrgangs mit Berufsbildungsreife/ Hauptschulabschluß von der Schule abgingen, während 41,4% die Hochschulreife attestiert wurde, zeigt eine verhängnisvolle Tendenz zur Vernachlässigung und Mißachtung von Schülern mit stärker praktischen Begabungen. Diese Schüler sind ja nicht plötzlich verschwunden, nur weil die Hauptschule abgeschafft wird. Sie brauchen eine ganz eigene Schulform, eine „Praxisschule“, die sich gezielt an sie richtet und optimal auf die Arbeitswelt vorbereitet. Eine solche Schulform muß als unverzichtbarer Teil eines umfassenden Bildungsangebots völlig neu konzipiert werden und mit exzellenten (und gut bezahlten) Lehrern ausgestattet werden. So wird sie Wertschätzung genießen und kann ihren Schülern Erfolge, soziale Anerkennung und Selbstwertgefühl vermitteln.

3 **Dezentrale, überschaubare Schulen**

Kleinere Schulen, in denen Lehrer und Schüler einander kennen, fördern das Lernklima und die gemeinsame Verantwortung für die Schule.

Die ideale Schulgröße, bei der sich alle Schüler und Lehrer noch kennen können, liegt bei etwa 300 Schülern. Dies schafft eine viel stärkere Identifikation mit der Schule, die alle ihrer Verantwortung für die Schule bewußt werden läßt. Die persönliche Nähe führt auch ganz von selbst zu einer natürlichen gegenseitigen sozialen Kontrolle, die sehr effizient Vandalismus und unsoziales Verhalten verhindert. Größere Schulen können in kleinere operative Einheiten („Schulen in der Schule“) mit einer eigenen Schulleitung und einer eigenen Identität aufgeteilt werden. Auf diese Weise lassen sich die Vorteile größerer Schulverbände (z.B. die Möglichkeit, einen weiteren Rahmen von Spezialisierungen anbieten zu können) mit den Vorzügen überschaubarer Schulgrößen verbinden.

Guter Unterricht!

4 Lehrpläne, die Wissen und Kompetenzen verbinden

Der ganzheitliche schulische Bildungsauftrag übersteigt kurzfristige wirtschaftliche oder politische Interessen, daher sind bewährte Schulfächer zu erhalten.

Wir treten für eine umfassende Bildung ein, in der die Schüler solide Grundlagen für ihre Partizipation an unserer Gesellschaft erwerben können. Bildung soll Persönlichkeiten formen und nicht nur Kompetenzen vermitteln. Daher darf sich Bildungspolitik weder oft nur vermeintlichen wirtschaftlichen Sachzwängen noch politischen Modetrends unterwerfen. Bewährte Fächer wie Geschichte müssen erhalten bleiben. Für die umfassende Bildung sind Musik, Sport, Kunst und Religion/Ethik sehr wichtig, hier sollen Schulen stärker mit externen Anbietern (vor allem Musikschulen, Sportvereinen oder Kirchen) zusammenarbeiten.

5 Vernünftige Lernumgebungen

Schulhäuser und Unterrichtsräume müssen in einem Zustand sein, der den Unterricht fördert und die hohe Bedeutung von Bildung widerspiegelt.

Berlins Schulen sind in einem katastrophalen Zustand. Unterrichtsausfall wegen maroder Unterrichtsräume ist ein alltägliches Ärgernis, der Zustand vieler Sanitäranlagen kann nur als untragbar bezeichnet werden. Der Investitionsrückstau in Berlins Schulen wird insgesamt auf ungefähr eine Milliarde Euro geschätzt. Auch können dringend notwendige Baumaßnahmen in Schulen nicht stattfinden, weil in den Bezirksverwaltungen keine Expertise bzw. zu wenig Personal für die Baubetreuung vorhanden ist. Dies verschlimmert Bauschäden und verteuert ihre Beseitigung deutlich. Wir fordern die sofortige Beseitigung der schlimmsten Baumängel und eine dezentrale Betreuung von Schulen durch wieder einzuführende Hausmeister mit bautechnischen Kompetenzen.

6 Hervorragende Lehrer

Lehrer müssen gut ausgebildet und stets von Schulleitung und -verwaltung gestützt werden. Solchen Lehrern kann man hohe Unterrichtsqualität abverlangen.

Durch eine Pensionierungswelle, neue Altersteilzeitregelungen und ein Anwachsen der Schülerzahl (auf 325.000) ist der Bedarf an Lehrern sehr groß: Bis 2020 braucht Berlin 12.665 zusätzliche Vollzeit-Lehrer, auch sind über 100 Schulleiterpositionen vakant, vor allem an Grund- und Sekundarschulen. Die Lehrer erwarten hier zu recht konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen. Sie müssen exzellent ausgebildet werden und sind nicht einfach durch Seiteneinsteiger ohne didaktische Qualifikation ersetzbar. Gleichzeitig brauchen wir eine Kultur, in der man Lehrer wertschätzt. Im Konfliktfall sollen sie von Schulleitung und Schulbehörde den nötigen Rückhalt bekommen. Damit lassen sich auch die derzeit besorgniserregend hohen Krankenstände wieder auf ein normales Maß zurückführen.

7 Aussagekräftige und differenzierende Leistungsnachweise

Nur aussagekräftige Noten schaffen Gerechtigkeit und belohnen Leistungen von Schülern, was vor allem für soziale Aufsteiger von zentraler Bedeutung ist.

Gute Schulen für alle mit aussagekräftigen Abschlüssen schaffen Bildungsgerechtigkeit. Man betrügt Absolventen um die Frucht ihrer Anstrengungen, wenn man

sie mit entwerteten Qualifikationen abspeist. Gerade für soziale Aufsteiger ist es wichtig, sich über ihre Leistung definieren zu können, ihnen wird durch entwertete Qualifikationen somit der größte Schaden zugefügt. Soziale Gerechtigkeit läßt sich nicht durch das Verwässern von Anforderungen für schulische Abschlüsse simulieren. Wenn Abschlüsse aussagekräftig sein sollen, bedeutet dies allerdings auch, daß man den Mut haben muß, sie ungeeigneten Bewerbern zu verweigern. Nur so kann man Frustration und zu Scheitern auf der nächsthöheren Ausbildungsstufe (z.B. in der Lehre und auf der Universität) verhindern.

Gute Schulverwaltung!

8 Professionalisierung der Schulverwaltung

Die Schulbehörde muß zugunsten echter Lehrerstellen verschlankt werden und mit echten Fachleuten (nicht nach Parteibuch) besetzt werden.

Berlin gibt bereits sehr viel Geld für die Schulen aus, z.B. 10% mehr pro Schüler als Bayern. Dies zeigt, daß wir nicht nur mit einer Unterfinanzierung des Bildungssystems zu kämpfen haben. Ein weiteres dringliches Problem ist die Fehlallokation von Ressourcen. So bindet die Schulbehörde enorme Reserven, weil immer mehr Lehrerstellen an die Hauptverwaltung delegiert werden. Dies muß rückgängig gemacht werden, z.B. dadurch, daß die Schulaufsicht ersatzlos gestrichen wird. Ferner ist die Schulbehörde oft inkompetent, was zu Geldverschwendung führt. So hat die Senatsbildungsverwaltung bislang ca. 30 Mio. Euro für den mißglückten Aufbau eines elektronischen vergeudet. Wir fordern Fachkompetenz statt Parteienproporz bei der Besetzung von Führungspositionen.

9 Gesicherter rechtlicher und verwaltungstechnischer Rahmen

Schulische Bildung ist schwerpunktmäßig eine staatliche Aufgabe. Der Lehrerberdarf ist langfristig zu planen, man darf Lehrer nicht stets mit Reformen überziehen.

Wir stehen für ein hervorragendes staatliches Bildungsangebot, das allen fachlich geeigneten Bewerbern offensteht. Dieses Angebot kann sinnvoll durch private, gleichberechtigte Anbieter ergänzt werden. Aber Bildung ist keine Handelsware, anders als dies etwa das „Trade in Services Agreement“ suggeriert. Auch wird das Unterrichtsgeschehen massiv durch schlampig gemachte Reformen (wie beim vorgezogenen Einschulungsalter, dem Schreiben nach Lautschrift und dem „Jahrgangübergreifenden Lernen“) beeinträchtigt. Dies trägt zur Frustration der Lehrer und zum schlechten Abschneiden der Berliner Schüler in Leistungsvergleichen bei. Lehrer müssen einfach in Ruhe arbeiten können. Senat und Verwaltung müssen dafür auch endlich die langfristige Planung des Lehrerberdarfs angehen.

10 Freiräume für Schulen

Schulen sollen über ihre Finanzen und ihr Personal selbst bestimmen können. Dafür sind die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Wir treten für eine Kultur ein, die Schulen und Lehrer unterstützt und fördert, statt sie zu gängeln und ihre Kreativität und Aktivität zu lähmen. Wir fordern das Subsidiaritätsprinzip auch in der Bildungspolitik. Schulen brauchen Beratung und Gestaltungsspielräume, keine praxisfremde Beaufsichtigung. Wir wollen selbständige Schulen, die über ihr Budget und die Einstellung und Entlassung ihres Lehrpersonals selbst entscheiden und nicht für jede Kleinigkeit die Erlaubnis des Bezirksamts einholen müssen.